

# ***DIE LINKE.***

## **Fraktion im Kreistag der Wetterau**

### **Ohne demokratische Kontrolle**

Das Gesundheitszentrum Wetterau soll mit den Lahn-Dill-Kliniken zusammengelegt werden. Der Kreistag gab dazu eine Blankovollmacht.

*Lesen Sie Seite 7*



Verbindlich in jeden Bebauungsplan:

### **Das braucht der Ostkreis**

Ein Entwicklungsprogramm für das Landleben: Sicherung der örtlichen Versorgung, mehr öffentlicher Nahverkehr, erreichbare Gesundheitseinrichtungen und neue Arbeitsplätze.

Für Ostkreisbewohner\*innen ist eine Beilage eingehaftet.

September/Oktober 2015

### **Ein Drittel Sozialwohnungen!**

Heute gibt es im Wetteraukreis über 800 Sozialwohnungen weniger als vor zehn Jahren, während in der gleichen Zeit nur 59 neu gebaut wurden. So kann das nicht weitergehen, sonst lässt die starke Nachfrage die Mieten explodieren.

Freiburg macht es vor: Dort beschloss der Gemeinderat im August 2015, dass 50 Prozent aller Bauvorhaben Sozialwohnungen oder ge-

förderte Mietwohnungen sein müssen. Zuvor gab es schon eine Quote von 30 Prozent, die jetzt erhöht

*Fortsetzung auf Seite 2*

### **Weniger als das Existenzminimum geht nicht!**

*Lesen Sie Seite 3*

Fortsetzung von Seite 1

# Ein Drittel Sozialwohnungen!

worden ist. Interessant ist auch die Begründung. Sie lautet: Die Zahl der Wohnungssuchenden sei deutlich angestiegen, von 397 Haushalten im Jahr 2000 auf 1332 Haushalte im Jahr 2013. Da müsse man handeln.

## **Das gilt auch für den Wetteraukreis**

Das Pestel-Institut stellte in einer Studie (Hannover 2012) fest, dass im Jahr 2017 in der Wetterau 2780 Wohnungen fehlen werden. Allein bei der Friedberger Wohnungsbaugesellschaft stehen heute ca. 350 Wohnungssuchende auf der Warteliste. In der Wetterau ging der Bestand an Sozialwohnungen in den letzten zehn Jahren um 800 zurück. Gebaut wurden 59 neue Sozialwohnungen. Jeder normal denkende Mensch sieht hier Handlungsbedarf. Wieso ducken sich unsere Kommunalpolitiker weg?

Es ist unbestritten, dass Sozialwohnungen gebaut werden müssen. In Hessen

haben 40 000 Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung, doch es gibt sie nicht. So kann das nicht weitergehen.

## **Kommunalpolitiker müssen handeln!**

Besonders in den Westkreiskommunen muss der soziale Wohnungsbau Vorrang bekommen. Wenn die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäte einen Bebauungsplan aufstellen, müssen 30% für den Bau von Sozialwohnungen festgeschrieben werden. Die Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften brauchen eine deutliche Aufwertung und die Kommunen müssen in Neubauten investieren. Dazu kann der Wetteraukreis ein flankierendes Investitionsprogramm beschliessen. Der Verkauf von Gemeindewohnungen muss gestoppt werden. Bund und Land müssen die Mittel für den sozialen Wohnungsbau erheblich aufstocken. Da reicht eine Milliarde nicht aus.

## **Wohnen ohne Konkurrenz**

Wohnungspolitik ist ein ganz wesentlicher Teil der Sozialpolitik.

Alle Menschen - ob einheimisch oder zugewandert - brauchen Raum zum Wohnen.

Steht ein einigermaßen günstiges Wohnungsangebot in der Zeitung, kommen oft zehn oder fünfzehn Leute zum Besichtigungstermin. Die Nachfrage für bezahlbaren Wohnraum ist hoch.

Gäbe es einen großen Bestand an Sozialwohnungen, würde das die Preistreiberei dämpfen.

Wer in der Gesellschaft sozialen Frieden will, tut gut daran, Sozialwohnungen zu bauen und das Problem nicht zu ignorieren.

Wenn jetzt auch Flüchtlinge nach bezahlbaren Wohnungen suchen, entsteht eine ungute Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Die Untätigkeit der Politiker\*innen zieht sozialen Sprengstoff nach sich.

Folge 8:

## Weniger als das Existenzminimum geht nicht!

**Das Sozialgericht Gotha hält Sanktionen der Jobcenter für grundgesetzwidrig. Das Bundesverfassungsgericht soll jetzt prüfen, ob das Existenzminimum weiterhin unterschritten werden darf.**

Die Richter bezweifeln, dass Kürzungen der Hartz4-Grundsicherung mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Nicht nur das Gebot der Sozialstaatlichkeit würde verletzt, sondern auch die Menschenwürde. Eine Unterschreitung des Existenzminimums gefährde die Gesundheit der Betroffenen.

### **Wetteraukreis ignoriert das Urteil**

Nach diesem Urteil beantragte DIE LINKE Fraktion im Kreistag eine Aussetzung der Sanktionen beim Jobcenter Wetterau, solange, bis das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit überprüft hat. Dieser Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Sie halten Sanktionen für völlig gerechtfertigt. Dass fast die Hälfte aller Widerspruchsklagen vor Sozialgerichten erfolgreich sind, ficht sie nicht sonderlich an.

**Fast die Hälfte der Sanktionen ist sowieso unrechtmäßig**

“Betroffene sollten auf jeden Fall Widerspruch gegen eine Sanktion einlegen“, meint die linke Kreistagsabgeordnete Gabi Faulhaber. Oft ist die Verhängung einer Sanktion sowieso fehlerhaft. Zudem trifft es häufig Personen, die in Bedarfsgemeinschaften leben, oft Eltern mit Kindern. Kinder können nicht wegen Versäumnissen der Eltern sanktioniert werden. Kürzungen in solchen Fällen bedeuten Sippenhaft.



Karikatur: Klaus Stuttmann

# Gesundheitskonzern ohne demokratische Kontrolle

**DIE LINKE stimmte als einzige Partei im Kreistag gegen die Zusammenlegung des Gesundheitszentrums Wetterau mit den Lahn-Dill-Kliniken. In den Fusionsverträgen ist nicht gesichert, dass die Gesundheitseinrichtungen in öffentlicher Hand verbleiben.**

Im Gegenteil: Das neue „Gesundheitszentrum Mittelhessen“ (GZM) soll ausdrücklich wie ein privatwirtschaftlicher Konzern arbeiten. Über eine Privatisierung oder über Änderungen der Geschäftsfelder entscheidet ausschließlich der Vorstand des neuen GZM. Der Aufsichtsrat wurde so klein gehalten, dass eine kritische Einflussnahme nicht zu erwarten ist. Der Kreistag hat nach seiner grundsätzlichen Zustimmung nun keine Möglichkeiten mehr zu einer demokratischen Kontrolle. Auf diese Weise ist eine breite Gesundheitsversorgung für

alle Bürger\*innen keinesfalls gesichert. Besonders nicht in den Bereichen, die geringen Profit abwerfen, aber hohe Kosten verursachen. Privatkliniken haben das schon vorgemacht: so schloss das Capio Mathilden Hospital in Büdingen seine Geburtsstation wegen Unwirtschaftlichkeit. Für eine Geburt müssen Frauen nun weite Wege antreten. Man kann nur hoffen, dass es in einem

Mit der Privatwirtschaft stark verbunden ist der zukünftige Leiter des GZM, Dr. Dr. Grimlinger. Er ist Chefarzt der Inneren Medizin in Lich. Diese Klinik gehört Asklepios. Er ist Direktor der Kliniken IV und V des Uniklinikums Gießen/Marburg. Das Klinikum gehört der Rhön-Klinikum AG, einem börsennotierten privaten Unternehmen. Bestehen hier denn keine Interessenskonflikte? Sicher?!

Notfall schnell genug geht. *DIE LINKE Kreistagsfraktion versuchte mit ihren Anträgen wenigstens das Bekenntnis zur Öffentlichen Gesundheitsversorgung im Vertrag unterzubringen. Vergeblich.*

*Die Abgeordneten im Lahn-Dill-Kreis sind bisher etwas kritischer und forderten erneute Verhandlungen ein.*

## **Erster Schritt zur Privatisierung?**

Im Fusionsvertrag steht, dass der Status der Gemeinnützigkeit beendet werden kann. Und zwar allein durch das GZM, das als GmbH gegründet werden soll - nicht wie das Gesundheitszentrum Wetterau als gGmbH. Eine Privatisierung ist möglich und würde keiner weiteren Beschlussfassung durch den Kreistag unterliegen.

## **Schiedsgerichte**

Im Vertrag sind „Schiedsgerichte“ vorgesehen, um Konflikte zu entscheiden. Es ist nur festgelegt, dass sie mit

drei Personen besetzt sein sollen. Es wird nicht ausgeführt, wer das sein soll und auf welcher Grundlage ein solches Schiedsgericht arbeitet. Wie läuft so ein Verfahren? Gibt es die Möglichkeit, gegen Entscheidungen Widerspruch einzulegen? Wir fragen uns: Warum sollen Konflikte außerhalb des staatlichen Rechtssystems gelöst werden?

### **Debatte nicht gewünscht**

Zu unseren Einwänden bekamen wir keine befriedigenden Antworten. Wie berechtigt hier Befürchtungen sind, zeigte die Debatte im Ausschuss des Kreistags. Dort wurden alle Vorschläge abgewehrt mit der Begründung, der Vertrag sei ausverhandelt und könne nicht mehr verändert werden.

Dann hätte man sich die Debatte ja auch sparen können. Und genau so endete schließlich auch die Abstimmung. SPD, FDP, CDU und Freie Wähler stimmten dem „Gesundheitszentrum Mittelhessen“ (GZM) zu. Lediglich die Grünen versuchten noch, einen größeren Aufsichtsrat durchzusetzen.

## **TTIP, CETA und TISA**

**Diese Freihandelsabkommen werden derzeit geheim verhandelt. Sie sind eine Gefahr für die Demokratie, den Rechtsstaat, für Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz.**

2,5 Millionen Menschen haben in Europa bereits gegen diese Handelsabkommen unterschrieben. Wieso wehren sich so viele?

### **Das ist falsch daran:**

Der Rechtsstaat wird ausgehöhlt. Ein Sonderklagerecht mit privaten Schiedsgerichten begünstigt ausländische Unternehmen. Zum Beispiel, wenn ein Umweltschutzgesetz verabschiedet würde, das zukünftige Profite gefährdet. Konzerne werden noch vor den Parlamenten an der Ausarbeitung von Gesetzen beteiligt. Freihandelsabkommen werden im Geheimen verhandelt. Parlamente bekommen die Ergebnisse präsentiert und können nur noch den Gesamtvertrag annehmen oder ablehnen. Privatisierungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Gegen gesetzliche Schutzstandards kann vor Schiedsgerichten geklagt werden.

## **Mehr Geld für Noteltern**

Im Jahr 2013 wurde das Entgelt für Noteltern stark gekürzt. Noteltern nehmen Kinder auf, die Gewalt ausgesetzt sind oder wenn Verwahrlosung droht. Die Kinder brauchen oft schnelle Hilfe, schnell eine Unterkunft und viel Unterstützung. Das gekürzte Entgelt reicht für diese Arbeit nicht

aus. DIE LINKE beantragte deshalb eine Erhöhung. Doch die Mehrheit im Kreistag lehnte den Antrag ab. Die CDU kaperte unseren Antrag. Sie änderte ein Wort und stellte ihn als Änderungsantrag neu. Das hat sie bereits in acht anderen Fällen getan. Eigene sozialpolitische Ideen hat sie nicht.

# Eine unendliche Wassergeschichte...

**... oder warum ein Antrag der Linken seit zweieinhalb Jahren in einem Ausschuß plätschert.**

Es begann alles ganz harmlos. Bei den Einsparungen im Kreishaushalt fiel uns ein Betrag von 130 Euro auf, der gestrichen werden sollte: der Mitgliedsbeitrag für die „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“. Wir sahen hier weder wirkliches Einsparpotential noch konnten wir akzeptieren, dass die Schutzgemeinschaft nicht weiter unterstützt wird. Doch unser Antrag vom 18. 3. 2013, weiter Mitglied zu bleiben, stieß auf ungewöhnlich heftige Gegenwehr.

Dann kristallisierte sich langsam dieser politische Hintergrund heraus: Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg wurde gegründet, um die ungehemmte Wasserentnahme im Vogelsberg zu verhindern. Viele Organisationen und die umgebenden Landkreise wurden Mitglied, um die Umwelt zu schützen. Die Schutzgemeinschaft erwirkte das Recht, die Pegelstände regelmäßig zu messen.

Das ist genau der Knackpunkt: Der Wetteraukreis will eine andere Wasserpolitik. Es wurde versucht, den Antrag immer weiter im Ausschuss „Regionalentwicklung, Umwelt und Energie“ schmoren zu lassen. Als Rudi Kreich aber nicht locker ließ, stellte sich heraus, dass man den Antrag 'zur Prüfung' an den ZOV (Zweckverband Oberhes-



**Rudi Kreich**, Kreistagsabgeordneter der Linken:

*„Es geht hier nicht um eine Bagatelle. Bei der Wasserförderung im Vogelsberg geht es um Profite.“*

sische Versorgungsbetriebe) weitergegeben hatte. Warum? Das ist kein demokratisch gewähltes Gremium, sondern eine Wirtschaftseinheit. Im ZOV ist die OVAG Mitglied. Und die OVAG fördert Wasser. Im Vogelsberg. Unser Antrag wurde bis heute nicht behandelt. DIE LINKE Kreistagsfraktion beauftragte jetzt einen Rechtsanwalt.

Unser Anwalt schrieb an die Kreistagsvorsitzende:  
*„...der Antrag (wurde) an den ZOV 'mit der Bitte um eine Regelung' weitergeleitet (...). Ein diesbezüglicher Beschluss des Ausschusses liegt offenbar nicht vor, wäre auch rechtlich kaum haltbar, weil der Ausschuss die ihm obliegenden Aufgaben nicht aus eigenem Entschluss an einen aus mehreren Landkreisen bestehenden Zweckverband abgeben kann. Dieser ist auch nicht in der Lage zu befinden, ob der Wetteraukreis Mitglied der Schutzgemeinschaft Vogelsberg wird. Daran ändert sich auch nach einer zweijährigen Überlegungszeit nichts.“*

# Sind wir das Sozialamt der Welt?

**Bringen uns die Flüchtlinge wirklich an die Grenzen der Belastbarkeit, wie oft behauptet wird? Nimmt Deutschland tatsächlich „die ganze Welt“ auf? Ein Faktencheck.**

Auf der Welt sind Ende 2014 insgesamt 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht (Quelle: UNO). 86% der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Die allerwenigsten kommen nach Europa. Sie wollen oft in der Nähe ihrer Heimat bleiben und hoffen auf baldi-

ge Rückkehrchancen. Oder sie haben einfach keine Möglichkeit, hierher zu kommen, denn eine Flucht ist gefährlich und teuer. Außerdem gibt es kaum legale Wege nach Europa.

Von 14 Millionen Menschen, die 2014 aus ihrer Heimat vertrieben wurden, kamen

714 000 in Europa an. In Europa! Nicht in Deutschland! Das sind gerade einmal 5% aller Flüchtenden.

Also bitte: Wir sind weit davon entfernt die ganze Welt aufzunehmen.

Derzeit verzeichnet Deutschland europaweit die meisten Asylanträge. 2014 kamen bei uns 2,5 Asylanträge auf 1000 Einwohner. Wir belegen damit europaweit Platz 6 der Aufnahmeländer. Vor uns liegen Schweden, Ungarn, Österreich, Malta und Dänemark. Keinesfalls steht Deutschland an den Grenzen seiner Belastbarkeit.

## **1 : 210**

**Ein Sozialarbeiter muss im Wetteraukreis 210 Flüchtlinge betreuen.**

Das kann nicht gut gehen. Besonders Neuankommlinge brauchen mehr Hilfe, weil sie sich nicht auskennen. DIE LINKE hatte deshalb im Kreistag beantragt, das Betreuungsverhältnis deutlich abzusenken. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt.



**Gabi Faulhaber**, Kreistagsabgeordnete der Linken:  
*„Wer als drittgrößter Rüstungsexporteur in der Welt Kriege schürt und daran gut verdient, muss sich nicht wundern, wenn das Elend an die eigene Tür klopft.“*

## **Flüchtlingshilfe**

Im Wetteraukreis arbeitete jahrelang erfolgreich eine FlüchtlingshilfegmbH. Als die Flüchtlingszahlen zurückgingen, löste man sie 2009 auf. Vergeblich beantragte nun DIE LINKE, wieder eine solche Einrichtung zu gründen, weil die Kreisverwaltung mit den wachsenden Flüchtlingszahlen überfordert ist. Glaubt die Koalition wirklich, man spart auf diese Weise Geld?

**Jetzt neu:**  
**Sozialkompass**  
**für die**  
**Wetterau**

Dieser Sozialkompass soll helfen, sich im Dschungel der Behörden und sozialen Dienstleistungen zurechtzufinden. DIE LINKE Wetterau hat ihn in Zusammenarbeit mit dem Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ erstellt. Er enthält Notrufnummern, schnelle Hilfen, Telefonnummern und Adressen für Hilfsangebote, Tipps, Anregungen und vieles mehr. Sie können den Sozialkompass per Mail bestellen: [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) Sie erhalten ihn auch direkt im Roten Laden.  
 Preis: 2,50 Euro, ermäßigt 1 Euro.



**Sprechstunden im Roten Laden**

Im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der **Fraktion der Linken im Kreistag** sprechen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite.

So erreichen Sie ***DIE LINKE.***

Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel.: 06039 7912, [www.die-linke-wetterau.de](http://www.die-linke-wetterau.de), [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de)

Ich möchte weitere Informationen über *DIE LINKE.* Mich interessiert besonders das Thema:

O Ich möchte Mitglied der Partei *DIE LINKE.* werden.

Name: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_